

# „JEDER HAT ETWAS ZU VERBERGEN“

IM GESPRÄCH: EDGAR WAGNER  
HOLGER RECKTER

FOTOS: KATHARINA DUBNO

„Spieglein, Spieglein in der Hand“ – so lautete das Motto eines Vortrags, in dem Edgar Wagner, Landesbeauftragter für den Datenschutz in Rheinland-Pfalz, den Zuhörern vor Augen führte, wie sich die von ihnen gesammelten digitalen Daten verwerten lassen. Anlass war ein Konzertabend im Rahmen der von ihm initiierten Veranstaltungsreihe „#watch22“, an dem ein Stück des renommierten zeitgenössischen Komponisten Moritz Eggert zur Aufführung kam. Während das Publikum den von Eggert vertonten „Nutzungsbedingungen“ von Google lauschte, waren irritierte, ja verstörte Gesichter zu sehen, und es wurde deutlich, dass kaum einer der „User“ der weltweit meistfrequentierten Suchmaschine weiß, auf welche Bedingungen er sich eingelassen hat. – Holger Reckter, Professor für Grundlagen der Medieninformatik an der Hochschule Mainz, sprach mit Edgar Wagner über die Digitalisierung unseres Alltags, den Datenschutz an Hochschulen und die Macht der IT-Unternehmen.

*Foto rechts: Edgar Wagner im Ausstellungsraum von #watch22: „Wer hier oben steht, sieht mehr, weiß mehr, hat mehr im Blick und entzieht sich gleichzeitig selbst jeder Beobachtung.“*



HR: Herr Wagner, was macht ein Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit von Rheinland-Pfalz eigentlich?

EW: Wir haben zu kontrollieren, ob die Behörden die Datenschutzbestimmungen, die es auf gesetzlicher Ebene gibt, einhalten und kontrollieren auch, ob private Einrichtungen – also die ca 200.000 Vereine, Unternehmen und vergleichbaren Stellen – die Datenschutzregelungen beachten. Weiterhin beraten wir all diejenigen, die Rat in Datenschutzfragen wollen und betreiben ziemlich intensive Öffentlichkeitsarbeit – dazu zählt auch die #watch22.

HR: Es ist eher ungewöhnlich, dass ein Datenschutzbeauftragter eine solche Ausstellungsreihe initiiert. Wie kamen Sie auf die Idee?

EW: Wir hatten festgestellt, dass wir mit unseren bisherigen Instrumenten an unsere Grenzen gestoßen waren. Wir machen zwar eine intensive Öffentlichkeitsarbeit – Presseerklärungen, Konferenzen und viele Informationsveranstaltungen, aber es wird bei solchen Veranstaltungen eher an den Intellekt appelliert. Insofern dachten wir, wir sollten einmal einen anderen Weg gehen. Wir wollten verstärkt die Emotion ansprechen und die verschiedenen kulturellen Möglichkeiten wie Kunstausstellungen, musikalische Veranstaltungen usw. ausprobieren.

HR: Heißt das, der Datenschutz sollte heute andere Gesellschaftsgruppen ansprechen als früher?

EW: Früher, zur Volkszählungszeit, war es so, dass die Bürger vor dem Staat in Schutz genommen werden mussten, weil der Staat zu viel wissen wollte. Mit dem Internet und Web 2.0 war es so, dass jeder Einzelne selbst Daten generiert und Daten von sich selbst preisgab und Handelnder wurde. Von daher haben wir eine ganz andere Zielgruppe. Man muss jeden einzelnen Bürger fit machen für ein richtiges Verhalten im Internet.

HR: Wie weit darf Datenschutz heute gehen? Wie weit muss er gehen, und gibt es spezifische gesellschaftliche Bereiche, die man stärker adressieren muss?

EW: Wir befinden uns auf dem Weg in die digitale Gesellschaft. Das heißt, es wird mittlerweile alles mehr oder weniger digital erfasst, was wir tun. Ich gebe immer mehr von mir preis und gleichzeitig entstehen – vor allem im Internet – Unternehmen, die eine sehr große, auch gesellschaftliche, Machtposition bekommen und kaum noch zu kontrollieren sind.

HR: In der Diskussion über die Vorratsdatenspeicherung kommt immer wieder das Argument: „Ich habe mir ja nichts zu schulden kommen lassen.“ Oder: „Was interessiert schon mein normaler Alltag. Sollen sie die Daten doch ruhig haben.“ Ist das denn nicht richtig?

EW: Jeder hat etwas zu verbergen Es ist oft so, dass man glaubt, man hätte nichts zu verbergen. Aber das, was man tatsächlich preisgibt, ist für Andere, sei es der Staat oder die Privatwirtschaft, durchaus interessant – und die können dann damit, auch zum Schaden der Betroffenen, etwas unternehmen: Sei es, dass man keine Kredite mehr erhält oder den Job, den man gerne hätte, nicht bekommt. Oder dass man keine Versicherung mehr abschliessen kann bzw. nur schlechtere Bedingungen bekommt. Es hat sich als richtig erwiesen, was das Verfassungsgericht schon bei der Volkszählungsentscheidung gesagt hat. Es gibt keine unbedeutenden Daten. Und das gilt mittlerweile erst recht. Man sieht es allein daran, wieviel Geld, Milliarden von Euro, verdient werden können mit diesen „ganz harmlosen“ Daten.

HR: Welche Relevanz sollte der Datenschutz im Rahmen von Hochschulen besitzen?

EW: An den Hochschulen ist der Datenschutz bisher eher stiefmütterlich behandelt worden. Es gibt in Rheinland-Pfalz keinen Lehrstuhl, der sich schwerpunktmäßig damit beschäftigt. Das ändern wir jetzt, weil wir eine Stiftungsprofessur zum Datenschutz mit finanzieren.

Sehr wichtig ist auch: Die Hochschulen sollten sich im Bereich der Lehrerausbildung viel stärker mit diesen Fragen beschäftigen. Wir stellen fest, dass die Lehrer

die digitalen Fragen unserer Zeit nur sehr zögerlich in den Unterricht integrieren. Da müsste viel geändert werden und man hat in der Vergangenheit zu viel Zeit verloren.

HR: Was ist hinsichtlich von Plattformen wie Facebook, Twitter, WhatsApp erlaubt an einer Hochschule, was sollte man lieber bleiben lassen?

EW: Wir haben uns vor einiger Zeit intensiv mit der Frage beschäftigt, inwiefern die Fanpages von Facebook seitens der Landesregierung, der Kommunen und der Hochschulen genutzt werden dürfen. Die Fansseiten stellen nach deutschem Recht ein Problem dar, da sie gegen nationale Regelungen verstoßen. Dies betrifft z.B. das Recht auf Widerspruch oder die Profilbildung, die nach dem Telemediengesetz – außer bei ausdrücklicher Zustimmung des Betroffenen – nicht erlaubt ist. Das lässt sich mit den Fanpages, so wie sie aktuell konzipiert sind, nicht realisieren. Daher sind sie eigentlich nicht zulässig.

Auf der anderen Seite ist die Frage der Geltung des nationalen Rechts noch eine Grauzone. Deshalb sind wir mit der Landesregierung so verblieben: Fanpages von Facebook für Kommunikations- und Informationszwecke sollen nur sehr zurückhaltend eingesetzt werden. Das heißt, derartige Seiten können aufgesetzt werden, aber die eigentliche Kommunikation läuft über die eigenen Seiten der Landesregierung.

Die Hochschulen nutzen die Fansseiten von Facebook aber viel intensiver, und ein Stück weit haben wir dort als Datenschutzbehörde kapituliert. Wir haben an die vielen Hochschulen und Lehrstühle appelliert, zurückhaltender zu sein. Aber sie haben nicht auf uns gehört.

HR: Wohin müssten sich der Datenschutz und die gesetzlichen Regelungen entwickeln - wir haben nationale oder europäische Gesetze, aber keine Grenzen im Internet?

EW: Zum einen wird mit der Beseitigung der Grauzonen durch die europäische Datenschutzgrundverordnung klar, dass europäisches Recht auch für amerikanische Platt-

formen gilt. Zum anderen muss man dazu übergehen, bestimmte Datenverarbeitungen nur zuzulassen, wenn diese Daten auch auf europäischen oder nationalen Servern gespeichert werden.

HR: Was würden Sie ihrem designierten Nachfolger - Prof. Dr. Dieter Kugelmann - mit auf den Weg geben?

EW: So wichtig es ist, die einzelnen Behörden und Unternehmen im Land zu kontrollieren – man muss die gesellschaftspolitische Dimension der Digitalisierung im Blick behalten. Wir erleben, dass Unternehmen wie Facebook, die im Bereich der Kommunikation äußerst wichtig sind, dabei sind, diese Kommunikation zu zensieren – sowohl in politischer Hinsicht als auch in moralischen Fragen. Sie sind inzwischen durch ihre Instrumentarien in der Lage dazu. Das ist ein riesiges Problem, weil wir niemanden haben, der diese Unternehmen kontrolliert.

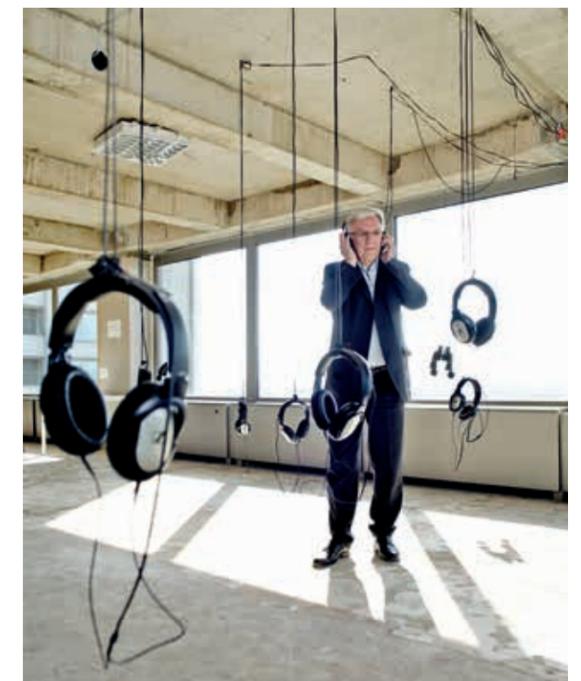
Manchmal erinnert mich diese Machtposition an die Banken, bei denen es hieß: Too big to fail. Ihre gesellschaftliche Relevanz, wie auch die Bedeutsamkeit, die sie inzwischen

für die Geheimdienste bekommen haben, verhindert, dass man da etwas ändert.

Es geht dahin, dass diese Unternehmen die Staaten herausfordern. In Amerika gibt es seit einiger Zeit den Spruch: Code is Law. Das heißt, unsere Lebenswirklichkeit wird mittlerweile viel stärker von Software und Algorithmen bestimmt als von Gesetzen – ohne dass jemand weiß, was in den Algorithmen eigentlich passiert. Da entscheiden die Informatiker und nicht die demokratisch legitimierten Abgeordneten.

Wir brauchen also viel mehr Transparenz, und da sind wir bei der Informationsfreiheit. Das sind die Felder, auf die, so hoffe ich, mein Nachfolger und die Datenschutzbeauftragten der nächsten Generation ihr Augenmerk richten werden. Es geht nicht mehr nur um diese kleinen Fragen. Die Digitalisierung der Gesellschaft gibt uns für die Zukunft große Chancen, aber sie ist mit Risiken verbunden, über die sich die meisten, auch die meisten Politiker, noch keine Gedanken gemacht haben.

HR: Vielen Dank für das Interview.



Ende des Idylls – in seiner Installation „Waldprotokolle“ hat Florian Mehnert heimlich Gespräche von Spaziergängern aufgezeichnet